

1. November 2013, 15:45 Uhr

Insolvenz in Wiesmoor

Zig Millionen zu viel für Bremer Anwalt

Bei großen Firmenpleiten gibt es auch immer Gewinner: die Insolvenzverwalter. Für die Abwicklung kassieren sie teilweise bis zu zweistellige Millionenbeträge. Der Bremer Anwalt Uwe Kuhmann hatte für eine Unternehmensabwicklung über 14,5 Millionen Euro gefordert. Jetzt muss er aber mehr als elf Millionen zurückzahlen.



Quelle: DPA

Wenn Unternehmen in finanzielle Bedrängnis geraten, kommt der Insolvenzverwalter ins Spiel. Er wird von einem Gericht ernannt und beaufsichtigt.

Die Richter am Landgericht Aurich haben die Vergütung für den Bremer Anwalt Uwe Kuhmann eingedampft. Sie haben die Summe neu berechnet und kommen zu einem deutlichen niedrigeren Ergebnis. Unter dem Strich bleiben drei Millionen Euro. Kuhmann wollte für drei Monate Arbeit 14,5 Millionen haben.

Millionenvergütung sorgt für Wirbel

Es ist zwar bekannt, dass Insolvenzverwalter gerade bei großen Pleiten gut verdienen können. Beispiele sind Schlecker und Karstadt. Für Letzteres hatte der Insolvenzverwalter Klaus Hubert Görg 2010 mehr als 32 Millionen Euro erhalten. Das war alles korrekt. Aber die Millionenvergütung für Kuhmann hatte selbst in Fachkreisen hohe Wellen geschlagen und war umstritten. Kritik gab es auch aus der Politik und von Gewerkschaften.

Aufgebrachte Gewerkschaft

Wolfgang Jägers von der IG Bau sagte damals bei buten un binnen: "Die Belegschaft hat auf Gehalt verzichtet [...] Der kleine Mann hat die Zeche bezahlt und andere stopfen sich die Taschen voll." **Bernd Drumann von der Bremer Inkasso hält fürstliche Vergütungen für schwer vermittelbar, weil sie "oftmals das übersteigen, was für vergleichbar**

anspruchsvolle Manager- und Berater-Tätigkeiten außerhalb der Insolvenz am Markt verlangt werden könnte".

Rechtspfleger winkt Millionen durch

Auch der Rechtspfleger am Amtsgericht Aurich war unter Beschuss. Es gab sogar eine Anklage gegen ihn, weil er die Zahlungen abgenickt hatte. Insgesamt ging es sogar um rund 20 Millionen Euro, weil auch die Mitglieder des Gläubigerausschusses zunächst pro Kopf 400.000 Euro erhalten hatten. Der Frankfurter Insolvenzfachmann Hermann Oberhofer dazu: "Wenn ein Mitglied des vorläufigen Gläubigerausschusses mehr als 400.000 Euro für zehn Wochen bekommt, dann sieht doch ein Blinder mit dem Krückstock, dass da was faul ist." Auch diese Entscheidung wurde gekippt. Am Ende gab es für die sechs Mitglieder zwischen 1.000 und 4.600 Euro.

Gläubiger erzwingen Bundesgerichtshof-Entscheidung

Das Stutzen der üppigen Zahlungen wurde möglich, weil die großzügigen Zahlungen auch Gläubiger auf den Plan gerufen hatten. Drei von ihnen, darunter die Bundesagentur für Arbeit, erwirkten vor dem Bundesgerichtshof, dass der Fall neu aufgerollt werden musste. Das war 2011. Für die Ausschussmitglieder blieb am Ende gerade einmal ein Prozent von dem ursprünglichen Betrag. Sie waren danach fast hundertfach überbezahlt.

Weiter Ermittlungen gegen Kuhmann

Die Staatsanwaltschaft Osnabrück ermittelt nach wie vor gegen Kuhmann. Dabei geht es um die Frage: Hat der Insolvenzverwalter durch seine hohe Vergütung möglicherweise Vermögen der Insolvenzmasse veruntreut? Außerdem muss der Bremer Anwalt bei der ganzen Geschichte noch die Zinsen zahlen. Es ist also nicht mit den elf Millionen Euro getan. Vermutlich werden noch ein paar Millionen dazukommen.

Baukonzern hat sich erholt

Der Baukonzern Bohlen & Doyen wurde 2007 das Insolvenzverfahren eröffnet. Das Unternehmen aus Wiesmoor hatte damals 2.000 Mitarbeiter an 60 Standorten in Deutschland. Kuhmann wurde zum Insolvenzverwalter bestellt. Der Gläubigerausschuss sollte seine Arbeit kontrollieren. Die Firma hat die Pleite überstanden und beschäftigt nach eigenen Angaben inzwischen 1.800 Mitarbeiter an mehr als 40 Standorten.

Buten un binnen hatten den Insolvenz-Skandal aufgedeckt.